

Wissen

21.09.2005

Ölkonzerne im Schwitzkasten

Ein weltweites Netz von Anwälten will den Trend zur globalen Sauna stoppen. Mit Prozessen wollen sie Unternehmen zwingen, ihren CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Erste Erfolge lassen Umweltschützer aufatmen.

Thomas Häusler

Die Flut in den Alpen, die Hurrikane «Katrina» und «Rita»: Die rasende Abfolge von Wetterkatastrophen macht klar, wie gefährlich der Klimawandel werden kann. Zwar lassen sich diese Ereignisse nicht zweifelsfrei den gestiegenen Temperaturen anlasten, aber die meisten Klimaforscher warnen: Solche Unwetter werden häufiger und heftiger.

Doch die Debatte bleibt blockiert. Der grösste Treibhausgasproduzent, die USA, ratifiziert das Kioto-Protokoll nicht. Dabei reichen die in Kioto bis 2012 beschlossenen CO₂-Reduktionen nie, um den Trend zur globalen Sauna zu stoppen. Bereits heute müssten die Staaten weitere Reduktionen initiieren. «Die grosse Sorge ist, dass nach 2012 nichts passieren wird», sagt ETH-Klimatologe Christoph Schär.

Jetzt nehmen unerwartete Akteure das Heft in die Hand. Ein weltweites Netz von Anwälten will die Politiker mit Prozessen zu Taten zwingen. Bereits feierten sie einen Erfolg: Ein US-Gericht hat kürzlich eine Klage gegen zwei Bundesbehörden zugelassen. Deren Zinsgarantien über 32 Milliarden Dollar für Ölprojekte verletzen Umweltgesetze, argumentieren die klagenden US-Städte und Umweltorganisationen.

«Die Klage ist Teil einer umfassenden Kampagne», sagte Jerry Brown, Bürgermeister der Klägerstadt Oakland in Kalifornien, nach der Anhörung. In der Tat laufen weitere Klagen. Eine Koalition aus US-Bundesstaaten und der Stadt New York will fünf Energieerzeuger zwingen, ihren CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Ein Erfolg hätte grosse Auswirkungen: Die angeklagten Unternehmen blasen ein Zehntel aller CO₂-Emissionen in den USA in die Atmosphäre. «Diese Strategie könnte zu einem wesentlichen Faktor in den Klimaverhandlungen werden», sagt der britische Klimatologe Myles Allen.

Vor Gericht stützen sich die Kläger auf den Bericht der Klimatologenkommission IPPC von 2001. Darin kamen die Forscher zum Schluss, dass die Menschheit mit mindestens 66-prozentiger Wahrscheinlichkeit die Klimaerwärmung verursacht. Das reicht, um US-Unternehmen zur CO₂-Reduktion zu verdonnern, hofft Roda Verheyen, die Direktorin des Climate Justice Programme, des Verbunds der Klimaanwälte. Anders als in anderen Staaten verlangen die US-Gesetze für solche Klagen keinen eindeutigen Beweis.

Manche Anwälte träumen von milliardenschweren Schadenersatzklagen. Dafür braucht es Studien, die einzelne Klimaereignisse auf menschlichen Einfluss zurückführen – diesem Ziel ist eine Gruppe um Allen näher gekommen. Sie zeigte im Computer, dass die Hitzewelle von 2003 durch menschliches Zutun um über 50 Prozent wahrscheinlicher wurde. Noch ist das Klimamodell zu ungenau, als dass die Angehörigen der 35'000 Hitzetoten jenes Sommers klagen könnten. Doch das wird sich ändern, kündigt Allen an: «Wir arbeiten an Modellen mit hoher Auflösung. In den nächsten Jahren wird es so weit sein.» Ziel solcher Klagen wären Ölmultis, da es langjährige Statistiken über die Fördermengen der Konzerne gibt – somit lassen sich die ursprünglich Verantwortlichen des Klimawandels bequem identifizieren.

Die Anwälte informieren sich bei Allen laufend über Fortschritte – erzielen die Klimatologen den Durchbruch, dürften Schadenersatzklagen bald folgen. Das wird die Klimapolitik anstossen, prophezeit Allen: «Sogar der leidenschaftlichste Ökoaktivist hat nicht die gleiche Durchschlagskraft wie ein Hausbesitzer, dessen Heim wegen zunehmender Fluten an Wert verloren hat.»

